

**Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)
zur Kommunalwahl am 14. September 2025 für die Städteregion Aachen**

Für eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit in der Städteregion Aachen

Die Städteregion Aachen ist Heimat vielfältiger Städte und Gemeinden, von städtisch geprägten Zentren bis hin zu ländlichen Regionen. Diese Vielfalt ist eine Stärke, bringt aber auch besondere Herausforderungen mit sich, die nur auf städteregionaler Ebene sinnvoll koordiniert und bewältigt werden können. Ob es um soziale Sicherung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Umweltschutz oder die Organisation des ÖPNV geht – die Städteregion spielt eine zentrale Rolle für die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) tritt in der Städteregion an, um eine Politik zu gestalten, die auf wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit basiert. Wir wollen eine Politik, die die Interessen aller städteregionalen Kommunen berücksichtigt, einen fairen Ausgleich schafft und die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Wir treten ein für eine starke Gemeinschaft in der Städteregion, für gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen und eine nachhaltige Entwicklung unserer Region. Unsere zentralen Forderungen sind:

Frieden

Wir möchten eine Beteiligung der Städteregion an der Militarisierung vermeiden, wo es möglich ist. Die Städteregion muss ihre Spielräume hierfür nutzen. Unternehmen der Rüstungsindustrie sollen weder von städteregionaler Wirtschaftsförderung profitieren noch bei der Vergabe von Aufträgen durch den Städteregion bevorzugt werden. Anforderungen der Bundeswehr an zivil-militärische Zusammenarbeit sind auf das rechtlich erforderliche Mindestmaß zu reduzieren. Kein vorseilender Gehorsam.

Gesundheitspolitik und Corona-Aufarbeitung

Wir fordern eine aktive Gesundheitspolitik der Städteregion, die Prävention stärkt und die Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen fördert. Die Städteregion soll ihre Koordinierungsfunktion nutzen, um die ärztliche Versorgung flächendeckend zu verbessern. Besonders in den ländlichen Gemeinden müssen viele Menschen oft große Entfernungen zurücklegen, um Termine bei Fachärzten wahrnehmen zu können. Lange Wartezeiten von oftmals mehreren Monaten, um einen Termin zu bekommen, sind mittlerweile alltäglich. In der Städteregion werden wir uns dafür einsetzen, die sozialen Dienste bedarfsgerecht auszubauen und für kurze Wege und schnelle Hilfe zu sorgen. Die Zusammenarbeit zwischen dem städteregionalen Gesundheitsamt, niedergelassenen Ärzten und Kliniken

muss verbessert werden. Wir fördern den Ausbau von Angeboten der Altenhilfe, von der ambulanten Pflege bis zu vielfältigen Wohnformen.

Das städteregionale Gesundheitsamt war der zentrale Akteur bei den Coronamaßnahmen für die Städteregion. Seine Rolle muss kritisch aufgearbeitet werden. Schulschließungen, Maskenzwänge usw. haben tiefe Wunden hinterlassen, gerade bei den jungen Menschen. Sie leiden zum Teil noch heute unter den psychischen Folgen der Maßnahmen. Einschneidende Zwangsmaßnahmen gegen „Umgeimpfte“, wie z.B. faktische Berufsverbote müssen überprüft und neu bewertet werden.

Mobilität in der Städteregion

Die Städteregion muss als Aufgabenträgerin für den ÖPNV einen für alle bezahlbaren, zuverlässigen ÖPNV sicherstellen. Ein guter ÖPNV ist auch für die touristische Erschließung wichtig, ermöglicht die Anbindung von bisher schwer erreichbaren Wohnorten und ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Die Fahrpläne müssen so getaktet sein, dass der ÖPNV auch abends und am Wochenende eine echte Alternative zum Auto ist. Wir fordern faire Preise für den ÖPNV, die Mobilität für alle ermöglichen.

Wohnen

Wir fordern eine angemessene Versorgung mit Wohnraum für alle! Da vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark unter dem extremen Wohnraummangel und den explodierenden Mieten leiden, setzen wir primär auf das Ausweiten des sozialen Wohnungsbaus. Dafür muss die städteregionale Wohnungsgesellschaft GWG gestärkt werden und die Errichtung von Wohnungen mit Sozialbindung gesteigert werden. Zusätzlich müssen die Maßnahmen gegen bewussten Leerstand zu Spekulationszwecken massiv verstärkt werden, Wohnraum ist eine Lebensgrundlage und darf nicht zur „Wertanlage“ von Börsen-orientierten Konzernriesen werden. Durch guten ÖPNV - Takt, Frequenz, Preise - muss Wohnen auch dort attraktiver gemacht werden, wo schlechte Erreichbarkeit dem noch entgegensteht.

Bürgernahe Verwaltung

Das BSW setzt sich für eine moderne und serviceorientierte Verwaltung ein. Digitale Angebote sollen ausgebaut werden, um Behördengänge zu erleichtern. Auch der persönliche Kontakt und nicht-digitale Zugangswege müssen für alle Menschen erhalten bleiben. Dies gilt vor allem für Menschen ohne große Lobby. Insbesondere für das Ausländeramt fordern wir eine faire Möglichkeit, Termine zu erhalten, damit Menschen nicht immer wieder um ihren Aufenthaltsstatus bangen müssen. Insgesamt muss für diese Aufgaben auch entsprechend viel Personal zur Verfügung gestellt werden.

Sicherheit und Ordnung

Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut – ob auf dem Weg zur Arbeit, im Park, auf dem Spielplatz oder in der Innenstadt. Doch immer öfter erleben Menschen in der Städteregion das Gegenteil: Vermüllung, Vandalismus, Respektlosigkeit,

Gewalt. Das nehmen wir nicht hin. Sicherheit und Ordnung sind Voraussetzungen für Freiheit und ein gutes Zusammenleben.

Wer andere bedroht oder angreift, muss mit Konsequenzen rechnen – egal, wer er ist. Doch Repression allein reicht nicht. Armut, Perspektivlosigkeit und zerfallende Nachbarschaften schaffen den Boden für Kriminalität. Die Städteregion kann im Rahmen ihrer Möglichkeiten gezielt unterstützen: durch Präventionsarbeit, Förderung sozialer Projekte und die Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden an bekannten Brennpunkten.

Sicherheit heißt auch: ehrlich mit Gefahren umgehen. Funde von Kriegsalllasten wie Blindgängern dürfen nicht verharmlost oder verschwiegen werden – die Bevölkerung hat ein Recht auf klare Information.

Auch bei Notdiensten trägt die Städteregion Verantwortung. Wir setzen uns ein für gute Bedingungen bei Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren und für die Zusammenarbeit mit dem THW. Die Flut 2021 hat gezeigt, was passiert, wenn der Staat wegsieht und spart.